

Grußwort Botschafter Cecere

Anlass: Eröffnung der Rosenberg-Wanderausstellung

Das „Rosenburg-Projekt“ steht für die Auseinandersetzung der deutschen Justiz mit ihrer eigenen Geschichte. Es geht der Ausstellung insbesondere darum, den Umgang des deutschen Justizministeriums mit den Verbrechen der Nazizeit zu erforschen.

Wie schmerzhaft und umstritten dieser Prozess war, können Sie schon daran sehen, dass es erst 2012 durch den Einsatz von Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger möglich wurde, diese umfassende Aufarbeitung in Gang zu setzen.

Das geschah vielleicht auch mit Blick auf ein ähnliches Projekt des Auswärtigen Amtes, dessen Resultat 2010 vorgelegt wurde. „Das Amt und die Vergangenheit“ befasste sich mit der Rolle deutscher Diplomaten im Dritten Reich. Die Studie räumte mit Legenden auf und korrigierte ein Geschichts- und Selbstbild, nach dem das Auswärtige Amt ein Hort des Widerstands gegen das Hitler-Regime gewesen sei. Und sie machte Kontinuitätslinien sichtbar, denn nur wenige belastete Diplomaten wurden später in der Bundesrepublik zu Rechenschaft gezogen.

Auch im Bundesjustizministerium reichten die Verstrickungen mit dem Naziregime tief. Es bildete insofern keine Ausnahme in einer deutschen Nachkriegsgesellschaft, in der die Bereitschaft zu ehrlicher Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit zunächst nicht sehr ausgeprägt war - auch da sich noch ganz konkrete Fragen der juristischen Verantwortung stellten.

Die Rosenberg-Ausstellung geht weit über Schuldfragen hinaus. Sie stellt angesichts der Verwicklungen deutscher Juristen in das Nazi-System die Frage nach der Verantwortung des Einzelnen, die sich nicht darin erschöpfen kann, bloßes Rädchen im Staatsgetriebe zu sein.

Juristinnen und Juristen tragen als aktive Vertreterinnen und Vertreter des Rechtsstaats einen Teil der Gesamtverantwortung für dessen Erhaltung und Gestaltung sowie für den Wertekanon, für den er steht.

Diese Frage ist hochaktuell. Wir sehen immer wieder, dass es erstes Anliegen von Feinden der Demokratie ist, den Rechtsstaat systematisch zu beschädigen, da er die Handlungsfreiheit von Autokraten einengt.

Heute gibt es auch in unseren beiden Ländern wieder Stimmen, die den Rechtsstaat politisch einschränken wollen. Dahinter steht im Grunde die Vorstellung nach einer Rückkehr zu uneingeschränkter, ja willkürlicher Machtausübung.

In der NS-Zeit erlebten Deutschland und Österreich die schrecklichen Folgen eines solchen Abgleitens. „Furchtbare Juristen“, um den von Ingo Müller geprägten Begriff zu zitieren, hatten ihren Anteil daran. Und später auch daran, dass die Täter nach dem Krieg gedeckt wurden.

Die Rosenberg-Ausstellung ist in diesem Sinne eine nachdenkliche Mahnung, aber auch eine klare Aufforderung, ein Aufruf, insbesondere an Juristinnen und Juristen, ihrer besonderen Verantwortung für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie gerecht zu werden.

Dieser Damm des Rechtsstaats darf gerade in unseren Ländern niemals brechen. Das Bewusstsein dafür zu schärfen, ist wichtiges Anliegen der Rosenberg-Ausstellung.

Ich danke allen, die zu dieser Ausstellung beigetragen haben, ganz herzlich für dieses wichtige Engagement.